



## ANTWORT AUF DAS POSTULAT

<b>Urheber</b>	Justizkommission, durch die Abgeordneten Philipp Matthias Bregy und Serge Métrailler
<b>Objekt</b>	einheitliche Entschädigungen für die ausserparlamentarischen Kommissionen
<b>Datum</b>	15.12.2011
<b>Nummer</b>	1.216

---

Das Postulat hält fest, dass die Justizkommission in ihren Jahresberichten bei mehreren Gelegenheiten die Harmonisierung der Entschädigungen der ausserparlamentarischen Kommissionen verlangt hat und dass der Staatsrat, entgegen diesem Begehren, im November 2011 im Amtsblatt einen spezifischen Beschluss veröffentlichte, welcher die Entschädigungen der Mitglieder der Schlichtungskommission für Mietverhältnisse regelte. Dieses Postulat verlangt, dass die Entschädigungen für die ausserparlamentarischen Kommissionen vereinheitlicht werden. Es wirft ausserdem die Frage auf, ob die Entschädigungen nicht identisch sein sollten mit jenen der Mitglieder des Grossen Rates.

Erstens muss festgehalten werden, dass der Begriff der "ausserparlamentarischen Kommissionen" nicht genau der Absicht der Justizkommission entspricht.

Gemäss den vergangenen Jahresberichten sind nämlich die "Kommissionen mit rechtsprechenden Funktionen", das heisst die Kommissionen und die vom Grossen Rat oder dem Staatsrat ernannten Gerichte, welche Recht sprechen (insbesondere kantonale Steuerrekurskommission, kantonale Rekurskommission für den Bereich Landwirtschaft und Landumlegung, kantonale Datenschutzkommission, kantonales Arbeitsgericht usw.)

Zweitens wird festgestellt, dass die Harmonisierungsanliegen der Justizkommission in jüngster Vergangenheit grösstenteils berücksichtigt worden sind. So hat der Staatsrat im Jahre 2011 auf diesem Gebiet 3 spezifische Beschlüsse gefasst, nämlich

- Beschluss vom 16. Februar 2011 betreffend die Entschädigungen an die Mitglieder des Arbeitsgerichtes und der Kantonalen Schlichtungskommission für Streitigkeiten nach dem Bundesgesetz über die Gleichstellung ;
- Beschluss vom 14. September 2011 über die Entschädigung an die Mitglieder der kantonalen Schlichtungskommission für Mietverhältnisse ;
- Beschluss vom 21. Dezember 2011 zur Festlegung der Entschädigungen für die Mitglieder der kantonalen Steuerrekurskommission.

Die durch diese Beschlüsse festgelegten Entschädigungen sind sicherlich nicht absolut identisch.

Die Differenzen tragen indessen den spezifischen Charakteristiken der verschiedenen betroffenen Kommissionen Rechnung, Charakteristiken die variieren können bezüglich der

Materie, der Zuständigkeitsart (Entscheid, Aufsicht, Konsultation, usw.), der Hierarchiestufe (Erstinstanz, Beschwerdeinstanz) und der Organisation der Kommissionen.

Angesichts dieser Differenzen kann die Lösung eines einzigen Beschluss mit einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für alle betroffenen Kommissionen nicht in Betracht gezogen werden.

Abgesehen davon kann die Anstrengung zur Harmonisierung im Sinne der Festlegung einer Bezahlung, welche der entsprechenden Verantwortung und dem Gleichbehandlungsgebot Rechnung trägt, fortgesetzt werden, indem insbesondere ältere Gesetzesbestimmungen einer nochmaligen Überprüfung unterzogen werden. Hier wird namentlich an die kantonale paritätische Kommission Beziehungen Kirchen-Staat gedacht.

Was die Festlegung von Entschädigungen auf Basis der für die Abgeordneten des Grossen Rates geltenden Entschädigungen anbelangt, so kann dieser Lösungsansatz angesichts der bedeutenden und offensichtlichen Unterschiede zwischen der Tätigkeit der Abgeordneten und jener der Mitglieder von Kommissionen mit rechtsprechenden Funktionen nicht in Betracht gezogen werden.

Angesichts dessen wird beantragt, das Postulat teilweise gutzuheissen, soweit dieses nicht gegenstandslos ist.

Sitten, den 3. Mai 2012